

NSU-Abschlussbericht

Hermann Schaus sagt:
„Nur auf Drängen und Fragen der LINKEN wurde klar:
Der Geheimdienstler Temme muss während des NSU-Mordes von Kassel am Tatort gewesen sein und den Mord auch mitbekommen haben.“ ▶ Seite 2



www.linksfraktion-hessen.de | Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Links wirkt für eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist keine Ware!

Gesundheit ist ein hohes Gut. Um sie zu erhalten ist eine gute Gesundheitsversorgung notwendig. Es werden aber immer mehr Kliniken geschlossen, Betten abgebaut, Ärztinnen und Ärzte schließen ihre Praxis. Das führt dazu, dass Patientinnen und Patienten durch ganz Hessen gefahren werden müssen, bis der Rettungsdienst im Notfall ein freies Bett in einer Intensivstation findet. Dadurch können lebensgefährliche Situationen entstehen.

Das Krankenhaus in Bad Schwalbach soll im Mai seine Tore schließen – für die Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis, die Politik, die Ärztinnen und Ärzte und die Angestellten im Krankenhaus eine sehr schlechte Nachricht. Die Versorgung im Kreis ist gefährdet sagt die CDU im Kreis, in der Landesregierung sagt sie genau das Gegenteil. Dem CDU-Sozialminister ist es egal, ob der Rheingau-Taunus-Kreis bergig ist, ob im Winter Schnee liegt, es wird so gerechnet, als wäre es immer Sommer und fla-



Foto: Photographee.eu | 193577095 | fotolia.com

ches Land. Frauen sollen also für eine bevorstehende Entbindung ruhig 50 Kilometer über Berg und Tal nach Wiesbaden ins Krankenhaus fahren.

KLINIK BAD SCHWALBACH MUSS ERHALTEN BLEIBEN!

Gut, dass sich DIE LINKE als erstes engagiert und zu einer Demonstration aufgerufen hat. Diesem Protest haben sich viele Menschen angeschlossen. Aus Sicht der LINKEN war der Verkauf der Klinik an Helios,

den größten Krankenhauskonzern in Deutschland, ein großer Fehler. Helios nimmt jetzt das Geld der Landesregierung für die Schließung der Klinik und verdient mit den umliegenden Kliniken weiterhin. Mit unser aller Krankenversicherungsbeiträgen werden die Taschen der Aktionäre gefüllt. Nach Ansicht der LINKEN sollen Kliniken in öffentlicher Hand sein. Dann haben die gewählten Abgeordneten mitzureden – wie im Kreis Groß-Gerau. Die Landesregierung wollte mit aller Macht dafür

sorgen, dass die defizitäre Kreisklinik geschlossen wird. Dank des massiven Widerstands der LINKEN, die im Kreis gemeinsam mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regieren, der Bevölkerung und der Belegschaft wurde 2017 der Fortbestand des Krankenhauses beschlossen. Mit einem neuen Geschäftsführer geht die Klinik auf Konsolidierungskurs und stellt zusätzliches Personal in der Pflege und im ärztlichen Bereich ein. Und ein neues medizinisches Versorgungszentrum

sorgt für mehr Haus- und Fachärzte in den umliegenden Gemeinden.

Hessen braucht eine Gesamtplanung für die Gesundheitsversorgung mit einer besseren haus- und kinderärztlichen Versorgung und mehr Geld des Landes für die Investitionen bei den Krankenhäusern. Für Notfälle sollte es eine Anlaufstelle geben, bei der entschieden wird, ob eine Behandlung durch einen niedergelassenen Arzt oder eine Klinik erfolgen muss.

Für die Pflege und andere Berufe im Gesundheitswesen sind gesetzlich verpflichtende Mindeststandards bei der Personalbemessung erforderlich – diese müssen auch finanziert werden. Wir brauchen mehr Hebammen für eine 1-zu-1-Betreuung bei der Geburt, aber auch für die Vor- und Nachsorge.



Marjana Schott, gesundheitspolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

ÖPNV zum Nulltarif endlich umsetzen

Das ist sozial und hilft im Kampf gegen die stetige Klimaerwärmung

Im Frühjahr war endlich Schwung in die Debatte gekommen. Die Bundesregierung zog plötzlich einen Nulltarif für Bus und Bahn in Erwägung – scheinbar. Denn eigentlich sollten mit diesem Ablenkungsmanöver nur Diesel-Fahrverbote durch die EU abgewendet werden.

Trotzdem: Was vorher noch oft als Spinnerei abgetan wurde, wird nun endlich ernsthaft diskutiert. Und ein Nulltarif wäre sinnvoll, um ernst zu machen mit der Verkehrswende und dem Klimaschutz, mit lebenswerten Städten und Mobilität für

alle – auch ohne Auto und auch auf dem Land. Deshalb hat DIE LINKE den Nulltarif auch erneut im Hessischen Landtag zum Thema gemacht – während die in Hessen mitregierenden Grünen die Pläne gleich als unrealistisch abtaten.

GRÜNE SIND HEUTE VISIONSLOS

Früher waren die Grünen eine Partei mit Visionen, die sich auch an scheinbar unrealistischen Zielen wie dem Atomausstieg nicht störten. Schade, dass davon offenbar nichts mehr übrig geblieben ist – zumindest in Hessen.

Dabei zeigen die Freifahrten für Beamtinnen und Beamte oder günstige Angebote für Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie günstige Jobtickets: Es geht! Es ist an der Zeit, die Fahrpreise endlich deutlich zu senken – mit dem Ziel Nulltarif. Aus sozialen Gründen und um das Klima zu retten.



Janine Wissler, Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hess. Landtag



Foto: Monkey Business | 59146570 | fotolia.com

NSU-Untersuchungsausschuss belastet Bouffier und Geheimdienst

102 Zeugen und 1849 Aktenordner beschäftigten vier Jahre lang den hessischen NSU-Ausschuss. Nun liegt der Entwurf eines Abschlussberichtes vor. Überraschend deutlich wurde in der Bewertung die Kritik aus dem ersten Bundestagsuntersuchungsausschuss zu

hessischen Behörden und deren Versagen im Umgang mit dem Rechten Terror bestätigt. So heißt es: Unter dem damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier sei der Geheimdienst miserabel organisiert gewesen. Nazi-Gewalt sei unerkannt

und das Parlament falsch und verspätet informiert worden. Die persönliche Entscheidung Bouffiers, eine polizeiliche Vernehmung von Geheimdienst-Spitzeln zum NSU-Mord in Kassel pauschal zu verbieten, sei falsch gewesen. Diese späten Eingeständnisse sind für die

Opfer, die Öffentlichkeit und die Zukunft wichtig und ein Erfolg der Ausschussarbeit! Für DIE LINKE. ist hieran aber nichts neu. Der Bundestag hatte schon 2013 genau diese Fehler einstimmig festgestellt und Volker Bouffier eine schwere Mitverantwortung gegeben.

sentliches herausgefunden: So muss nach Lage der Dinge der Geheimdienstler Andreas Temme während des NSU-Mordes von Kassel am Tatort gewesen sein und den Mord mitbekommen haben. Er hat im Bundestag gelogen – weshalb wir Strafanzeige erstattet haben. Der Geheimdienst hat Temmes dienstlichen Verfehlungen gedeckt und Volker Bouffier hat nichts dagegen unternommen. Das kaum zu erklärende Versagen gegen Nazi-Terror ist in einem Bericht des Geheimdienstes, der für 120 Jahre (!) unter Verschluss gehalten wird, dokumentiert.

Wir haben aber einige Teile davon öffentlich machen können. DIE LINKE. bleibt weiter dran!

TEMME LOG IM BUNDESTAG

Nur die Hessen-CDU sowie ihre jeweiligen Koalitionspartner FDP oder Grüne haben dies nie anerkannt. Neu ist allerdings, dass in Hessen selbst CDU und Grüne dies nun nicht mehr leugnen können. Doch die eigentlichen Erkenntnisse in Hessen stehen nur im Sonderbericht der LINKEN. Wir haben diesen Ausschuss stets angetrieben und We-



Vernehmung von Volker Bouffier vor dem NSU-Untersuchungsausschuss.

Foto: Hanna Hoeft

Spekulant Landesregierung:

Verkauf des Polizeipräsidiums Frankfurt

Anfang März verkündete der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer (CDU) den Verkauf des Frankfurter Polizeipräsidiums für den Preis von über 200 Millionen Euro an einen Investor.

Dieser plant auf dem seit 2001 ungenutzten Gelände überwiegend die Errichtung von Büroräumen und einem Hotel. Gerade einmal auf 12 Prozent der gesamten Geschossfläche soll öffentlich geförderter Wohnraum entstehen. Die Tatsache, dass in Frankfurt bereits heute zwischen einer und zwei Millionen m² Büroraum ungenutzt leer stehen, wurde bei diesem Verkauf komplett ausgeblendet.

DIE LINKE: VERKAUF WAR EIN RIESENFEHLER

In allen wohnungspolitischen Debatten der vergangenen Jahre wird seitens der Landesregierung behauptet, dass das größte Hemmnis bei der Errichtung von bezahlbarem Wohnraum nicht etwa fehlende finanzielle Mittel, sondern fehlende Flächen seien.

Nun verkauft die Landesregierung jedoch zum Höchst-

preis 15.000 m² bestens geeignete Fläche, anstatt diese für dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Absurd: Teile des aus dem Verkauf eingenommenen Geldes sollen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Man veräußert also Flächen, die man angeblich nicht hat, um Mittel zu haben, an denen es angeblich nicht mangelt. So handelt eine Landesregierung, die nicht die Probleme der Menschen in den Mittelpunkt stellt, sondern lediglich das ‚Mantra der schwarzen Null‘ betont.

KAUFPREIS BEWUSST IN DIE HÖHE GETRIEBEN

Der Kaufpreis wurde bewusst in die Höhe getrieben, um möglichst hohe Einnahmen für den Landeshaushalt zu generieren. Das sich aber dadurch nur weiterer Büroraum und hochpreisige Wohnungen auf dem Gelände für den Investor ‚rechnen‘, hat man bewusst ignoriert.

Kampagne des Grundrechtekomitees:

Demonstrationsfreiheit muss erhalten bleiben



Foto: Olmague | 458536749 | istockphoto.com

Der Kampf um die Freiheitsrechte ist uralte. Es ist ein Widerstreit zwischen erfinderischen und selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern, die sich ihre Rechte immer wieder neu schaffen und nehmen und einem Staat auf der anderen Seite – im Namen der Sicherheit – immer wieder Freiheiten einschränkt, Feindbilder konstruiert und demokratische Rechte ad absurdum führt. Letztes Jahr – wenige Wochen vor dem G20-Gipfel – verschärfte die Bundesregierung auf Wunsch aus Hessen das Strafrecht (‚Widerstand beziehungsweise tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte‘). Demnach drohen nun empfindliche Strafen: Für den Vorwurf des

Widerstands reicht oft schon ein ängstlich weggezogener Arm. Künftig reicht für eine Mindeststrafe von sechs Monaten hierbei eine gemeinschaftliche Tatausführung – doch bei welcher Demonstration, bei welchem Streik handelt man nicht gemeinschaftlich? Wenn alle Angst haben müssen, beispielsweise im Falle eines Handgemenges hinter Gittern zu landen – und zwar auch, wenn dieses von der Polizei ausging – werden sich viele von der Teilnahme an Kundgebungen, Demos oder Streiks abgeschreckt sehen.

Die derzeitigen Gesetzesänderungen gehören zu den tiefsten Eingriffen in die Versammlungsfreiheit

seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und höhlen damit ein elementares Recht aus, das vom Bundesverfassungsgericht als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“ bezeichnet wurde. Nun steht an der Spitze des Innenministeriums auch noch ein Horst Seehofer (CSU) und ergänzt Namen wie ‚Heimat‘ und ‚Heimatschutz‘.

Die politische, polizeiliche und juristische Zuspitzung ist damit noch lange nicht beendet. Lasst uns trotzdem auf die Straßen gehen – jetzt erst Recht!

Straßensanierung ist öffentliche Aufgabe

Straßenbeitragssatzungen gehören abgeschafft

Schon seit Jahrzehnten werden die Anlieger an Ortsstraßen bei Grundsanierungen zur Mitfinanzierung durch die Gemeinde herangezogen und müssen oft fünfstellige Eurobeträge zahlen. DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat deshalb im Januar einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der die komplette Abschaffung der Straßenbeiträge fordert. Hessen soll sich dem guten Beispiel aus Baden-Württemberg, Berlin oder Hamburg anschließen. Auch in Bayern ist die Abschaffung der Straßenbeiträge geplant.

Mit der zusätzlichen Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge im Jahr

2013 und den daraus resultierenden Satzungen in zahlreichen hessischen Städten und Gemeinden wurden alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Stadt oder eines Stadtteils mit jährlichen Beiträgen belastet. Einige kommunale Satzungen kamen

in Städten und Gemeinden nur durch Druck der Kommunalaufsicht gegen den Willen der Stadtparlamente zustande. Damit wurde die kommunale Selbstbestimmung ausgehebelt. Dieses Vorgehen hat vielerorts Wut erzeugt und so ist es folge-

richtig, dass sich inzwischen überall in Hessen zahlreiche Bürgerinitiativen gegen Straßenbeitragssatzungen zur Wehr setzen. Wir sind der Auffassung, dass es nicht sein darf, dass Bürgerinnen und Bürger, die bereits bei der Erstellung der Straßen erhebliche Erschließungsbeiträge gezahlt haben, auch noch zusätzlich für Sanierungen dieser bereits bezahlten Straße erneut herangezogen werden. Verkehrswege sind Teil der öffentlichen Infrastruktur. Es ist somit eine staatliche Aufgabe, diese zu erhalten. Die übermäßige Belastung von Anwohnerinnen und Anwohner halten wir für falsch, zumal Anwohner von Landes- oder Bun-

desstraßen nichts zahlen müssen! DIE LINKE. wird sich weiter dafür einsetzen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur in staatlicher Hand bleibt oder zurückkehrt und nicht über Gebühren und Beiträge von einzelnen Personen getragen werden muss. Unsere Forderung nach Streichung der § 11 und 11a des KAG findet in Hessen immer mehr Anhängerinnen und Anhänger!



Hermann Schaus, wohnungspol. Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Foto: Mattoff | 155140362 | fotolia.com

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden A13 für ALLE!

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden – A13 für Alle! Der Lehrkräftemangel an den Grundschulen ist groß, das ist längst kein Geheimnis mehr. Ebenso wenig die Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer seit Jahren immer mehr Zusatzaufgaben bewältigen müssen, wie Verwaltungsarbeit, Inklusion von Kindern mit Behinderung oder Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Überlastungsanzeigen werden vom Kultusminister nicht ernst genommen. Seltsam, dass das hessische Kultusministerium zwar den Lehrermangel beklagt, jedoch überhaupt keine Bereitschaft zeigt, die Arbeitsbedingungen an den Grundschulen zu

verbessern. Immer noch haben hessische Grundschullehrkräfte im Bundesvergleich eine enorm hohe Pflichtstundenzahl. Immer noch werden sie wesentlich schlechter vergütet als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Schulformen. Damit muss Schluss sein! Wir fordern: Wer so gut und engagiert wie die Grundschullehrkräfte in Hessen arbeitet, muss auch gut und gerecht bezahlt werden: A13 ist die logische Konsequenz!



Gabi Faulhaber, bildungspol. Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Einladung zur Sozialpolitischen Tagung am 8. Juni 2018

Der zweite hessische Sozialbericht zeigt auf, dass 16,5 Prozent der Hessinnen und Hessen arm sind, darunter besonders viele Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Über 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren müssen sich damit herumschlagen, dass sie nur eingeschränkten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und auch zu einer guten Ernährung und Gesundheit haben.

MASSNAHMEN DER LANDESREGIERUNG SIND VÖLLIG UNZUREICHEND

Bei der Tagung wollen wir gemeinsam Forderungen an eine neue Landesregierung formulieren, die sich

der Bekämpfung von Armut stellen muss.

Prof. Dr. Michael Klundt, Professor für Kinderpolitik im Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal wird die Zahlen des hessischen Sozialberichts bewerten. Stefan Gillich, Vertreter der Liga der Wohlfahrtsverbände, wird die Stellungnahme der Liga, der Kirchen, des DGB, des VdK und der agah vorstellen. Anschließend sind Foren zu vier Themen geplant.

Nachfragen und Anmeldungen bitte an: die-linke@ltg.hessen.de oder unter 0611 3506090.

Schein und Sein an Hessens Schulen

Ein Kommentar von
Gabi Faulhaber

Man kann schon nicht mehr zuhören, wenn Schwarzgrün ihr realitätsleugnendes Mantra zum Besten gibt: „Hessens Schulen geht es so gut wie nie zuvor“. Angeblich ist auch nicht nur alles gut, nein, es ist auch alles viel besser als zuvor.

Warum dann aber besorgniserregend viele Überlastungsanzeigen sowohl von Lehrerinnen und Lehrern als auch von Schulleitungen das Kultusministerium und die Fraktionen erreichen, das können und wollen sich CDU und Grüne nicht erklären. Und vor allem wollen sie es sich nicht erklären lassen! Eine geforderte Anhörung zur Belastung der Schulleitungen und eine Bedarfsanalyse zum Lehrkräftebedarf wurden ignorant abgelehnt. Begründung: Es gehe Hessens Schulen doch so gut wie nie zuvor.

Das stimmt so nicht, und das lässt DIE LINKE auch so nicht durchgehen! Wir sagen: Wer die Augen vor dem verschließt, was wirklich an unseren Schulen los ist, begeht unterlassene Hilfeleistung! Schluss damit!



Grafik: Hanna Hoelt



Foto: soupstock | 133969029 | stock.adobe.com | Schrift: Hanna Hoelt

Glyphosat im Grundwasser nachgewiesen

Umweltministerin lässt weiterhin Einsatz von Glyphosat auf landeseigenen Äckern und im Weinbau zu

Glyphosathaltige Pflanzvernichtungsmittel zerstören die Artenvielfalt, erzeugen mit ihrer antibiotischen Wirkung resistente Bakterien im Boden und beeinträchtigen die Bodenfruchtbarkeit. Die Auswirkungen von Glyphosat auf die gesamte Tier- und Pflanzenwelt sind unkalkulierbar. Das alleine rechtfertigt ein Verbot dieser Chemikalie.

Glyphosat und seine Abbauprodukte gelangen in Organismen – auch in uns Menschen – und stehen im Verdacht Krebs auszulösen. Darüber hinaus erhöht Glyphosat das Risiko, an neurodegenerativen Erkrankungen wie Alzheimer, Parkinson oder Autismus zu erkranken. Deshalb müssen der Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln in Deutsch-

land sowie der Import von mit Glyphosat belasteten Nahrungs- und Futtermitteln verboten werden.

Völlig unverständlich ist, warum Umweltministerin Priska Hinz (Die Grünen) mit relativ großen Summen die Umstellung auf ökologischen Landbau fördert, auf landeseigenen Ackerflächen aber noch immer konventionelle Landwirtschaft mit Glyphosateinsatz zulässt. 42 Domänen mit insgesamt 6.334 Hektar hat das Land Hessen, aber nur auf 13 Domänen mit 1.609 Hektar wird ökologische Landwirtschaft betrieben – und auch nur auf diesen ist der Einsatz von Glyphosat verboten. Auch bei den hessischen Staatsweingütern, in deren Aufsichtsrat Umweltministerin Priska Hinz sitzt, wird



Foto: Countrypixel | 132262662 | fotolia.com

weiterhin Glyphosat eingesetzt. Glyphosat breitet sich in den Nahrungsketten, im Boden und im Grundwasser aus. Seit 2013 wurde in 1.480 Grundwasserproben der Grenzwert der Trinkwasserverordnung überschritten. Die Umweltministerin

muss mit gutem Beispiel voran gehen und den Biodiversitätskiller und gesundheitsschädlichen Glyphosateinsatz auf landeseigenen Äckern und Weinbergen sofort beenden und auf zukunftsfähige ökologische Bewirtschaftung umstellen.



Marjana Schott, umweltpol. Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Haie gehören ins Meer!

Nein zum Hai-Aquarium ‚Shark-City‘

In Pfungstadt soll Europas größtes Hai-Aquarium gebaut werden: Fast 150 Haie und andere Meerestiere sollen bei ‚Shark City‘ zu sehen sein. Herzstück soll ein 10,5 Millionen Liter fassendes Becken sein. Aber ganz gleich, wie groß und modern ein Becken auch ist: Es wird niemals die Weiten des Meeres und den natürlichen Lebensraum der Haie ersetzen können.

LEBENSERWARTUNG DER HAIE IN AQUARIEN: DREI BIS VIER JAHRE

Während die Tiere im Ozean beliebig schwimmen können, sind sie in den immer gleich bleibenden Aquarienbecken gezwungen, endlos Kreise zu ziehen. Eine Hal-

tung in Aquarien verursacht so Verhaltensstörungen und sozialen Stress. Haie bilden im Meer komplex strukturierte soziale Gruppen – das ist in Gefangenschaft so nicht möglich. Regelmäßig führen Infektionen und falsche Ernährung, so wie schon der Transport in solche Becken, zu einem frühen Tod der Haie. Drei bis vier Jahre Lebenserwartung im Aquarium stehen gegen eine Lebenserwartung je nach Art von 50 bis 70 Jahren im Ozean. Außerdem: Es gibt zum Beispiel mit 3D- oder 4D-Animationen tolle Alternativen zur Live-Schau, die ein noch größeres Erlebnis versprechen und unter denen kein Tier leiden muss. Warum nicht so?

In Artikel 69 der Hessischen Verfassung heißt es unmissverständlich: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“ Die Wirklichkeit sieht anders aus. Auch von hessischem Boden geht wieder Krieg aus. In Hessen werden Kriegseinsätze der Bundeswehr vorbereitet, Waffen geschmiedet und an Hochschulen militärische Forschungen betrieben. Das belegen die Recherchen des Friedenswissenschaftlers Lühr Henken, die Anfang 2018 im ‚Rüstungsatlas Hessen‘ von der Fraktion der LINKEN im Hessischen Landtag veröffentlicht wurden. In Hessen sind 61 Rüstungsfirmen aktiv, darunter Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann, deren Panzer weltweit zum Einsatz kommen. Der Angriffskrieg der Türkei gegen die kurdische Region Afrin in Nordsyrien und das dort praktizierte fortschrittliche

Gesellschaftsmodell wird mit in Deutschland hergestellten Leopard-II-Panzern geführt, deren Geschütztürme aus Kassel kommen. In der hessischen Landespolitik ist es allein DIE LINKE, die dieses Thema zur Sprache bringt und ein Landesprogramm für Rüstungskonversion mit dem Ziel einer Umstellung militärischer auf zivile, gesellschaftlich nützliche und umweltverträgliche Produktion einfordert.

HESSEN IST AN KRIEG BETEILIGT

Hessen hat zwar ‚nur‘ zwölf Bundeswehrstandorte, spielt aber eine zentrale Rolle für weltweite Kriegseinsätze. Die Division Schnelle Kräfte (DSK), deren Stab in Stadthausen (Mittelhessen) angesiedelt ist, war an jedem Auslandseinsatz beteiligt. Über das Wiesbadener Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa ist Hessen auch in die NATO-Kriegspolitik involviert. Militärverbände werden von dort aus im Nahen Osten befehligt und heute in die Eskalationspolitik gegen

Russland eingebunden. Mit ihrem Rüstungsatlas will die hessische Linksfraktion den Kampf gegen die Verdoppelung des Rüstungshaushalts, gegen Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr unterstützen.

Rüstungsatlas Hessen, 2018, 60 Seiten, zu lesen unter: linksfraktion-hessen.de



Jan Schalauske, friedenspolit. Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611–350 60 90
Fax 0611–350 60 91

die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoeft, T. Klein und U. Franke
Gestaltung: H. Hoeft
Druck: Mediaservice



Foto: homeworks255 | 637758664 | istockphoto.com